



⇒ Eva Marlene Hausteiner

Entbarbarisierungsmission – zu Oliver Eberls Vorschlag politiktheoretischer Dekolonisierung

Wie fundamental sind die kolonialen Verstrickungen unserer Gegenwart? Wie können wir sie aufarbeiten – und letztlich überwinden? Diese Fragen sind längst nicht mehr rein akademischer Art: Museumslager ebenso wie Denkmäler und Straßenbenennungen werden zu Recht auf ihre koloniale Be- und Aufladung hin geprüft; und zunehmend findet eine kollektive Selbstbefragung nach öffentlicher Repräsentation und dem Ausschluss kolonial marginalisierter Minderheiten statt. Neben diesen materiellen und personellen Dimensionen von Geschichtspolitik und Dekolonisierung muss aber – so der aktuelle Debattenstand in den Geistes- und Sozialwissenschaften – auch die grundlegende Grammatik westlichen politischen Denkens in den Fokus gerückt werden. Wie aber kann eine Dekolonisierung der politischen Theorie vonstattengehen, wo müssen wir ansetzen: bei kanonischen Positionen, ausgewählten Begriffen, oder bei den Grundannahmen europäischen politischen Denkens?

Die Antwort des Politikwissenschaftlers Oliver Eberl lautet, dass all diese Theoriedimensionen gleichermaßen und gleichzeitig Gegenstand der Dekolonisierung sein müssen. Im Mittelpunkt seiner Habilitationsschrift steht der Begriff des ›Barbaren‹: Er ist nicht nur illustrativ für das Kolonialismusproblem der politischen Theorie, sondern in seiner Diskursivierung für ebendieses ursächlich. Dass die barbarisierende Fremdbeschreibung zu kolonialen Zwecken eingesetzt werden kann, überrascht nun sicher nicht – doch Eberls Anspruch geht weit über diese Diagnose hinaus. Die Denk- und Argumentationsfigur der Barbarei, die dichotomisch zwischen Eigenem und minderwertigem Fremden unterscheidet, ist nicht nur kolonial geprägt, sondern schreibt selbst dann koloniale Herrschaftszwecke und Gewaltlegitimierungen fort, wenn sie metaphorisch oder kritisch eingesetzt wird

oder residual in anderen Denkkategorien fortwirkt. Kontaminiert ist damit nicht nur die Rede von der Barbarei als Diffamierungsrhetorik, sondern weite Teile jenes europäischen Staatsdenkens, das sich durch Abgrenzung und

Oliver Eberl (2021): Naturzustand und Barbarei. Begründung und Kritik staatlicher Ordnung im Zeichen des Kolonialismus, Hamburg: Hamburger Edition. 552 S., ISBN 978-3-86854-349-0, EUR 40,00.

DOI: [10.18156/eug-2-2021-rez-6](https://doi.org/10.18156/eug-2-2021-rez-6)

Abwertung vermeintlich »unzivilisierter« Lebens- und Ordnungsformen legitimiert – und zwar gerade dann, wenn das Staatsdenken über Figuren der Nichtstaatlichkeit operiert. Der Barbareidiskurs etabliert damit nicht allein ein stereotypisierendes Denkklichee, sondern ein staatstheoretisch fundiertes Gewaltverhältnis (vgl. 43).

Auf Eberls sorgfältig ausgewähltem Tableau treten die Großen der politischen Ideengeschichte auf, insbesondere Thomas Hobbes, aber auch Jean-Jacques Rousseau, Immanuel Kant, John Stuart Mill und Theodor W. Adorno. Den Kern des Buches macht dabei die Analyse von Naturzustandstheorien aus. Der Naturzustand ist der »Zwilling der Barbarei« (17), letztere ist in ihm aufgehoben: Ist die »Barbarei« der direkte Abwertungsbegriff gegenüber anderen Völkern, so setzt der Naturzustand als »kolonial kontaminierter Topos« (21) die Nicht-Staatlichkeit mit mangelnder Entwicklung und barbarischer Unordnung gleich und externalisiert diesen Zustand. Es ist diese Feststellung, die das Argument des Buches so explosiv macht: Eberl geht ja weit über die Diagnose hinaus, dass die politische Theorie auf ein konkretes Konzept verzichten solle oder dass viele ihrer ideenhistorischen Leitfiguren kolonial inspiriert oder gar verstrickt seien; es ist das kontrastiv aufgebaute Staatsdenken selbst, das systematisch die Tür für koloniale Legitimationen offenhält. Ein Argument ähnlicher Reichweite hat in den 1980er Jahren die Feministin Carole Pateman vorgelegt, als sie den für die westliche Staatstradition grundlegenden Gesellschaftsvertrag als »Geschlechtervertrag« demaskierte, dessen innere Logik auf der Benachteiligung und politischen Entmündigung von Frauen beruhe. Wenn Eberl dieselbe Tradition des Gesellschaftsvertrags angreift, so fokussiert er einen weiteren herrschaftlichen Ausschluss, der dem Staatsdenken eingeschrieben ist: Dekolonisierung heißt demnach nichts weniger, als »das Verhältnis politischer Theorie zum Staat neu zu justieren« (63). Eberl entscheidet sich hier durchaus auch gegen Anknüpfungen an jüngere Diskussionen zum imperialen Charakter europäischer Staatlichkeit: Ihm geht es nicht darum, den kolonialen Charakter politischer Theorien darauf zurückzuführen, dass Nationen wie Spanien, England und Frankreich in der Grauzone zwischen Staat und Imperium agierten – sondern er beharrt darauf, dass die Staatskategorie selbst kolonial kontaminiert ist.

In drei Teilen und sieben Kapiteln verfolgt das Buch seine theoriepolitische Entbarbarisierungsmission. Legt der erste die Formierung des Barbarendiskurses aus den philosophischen Grundlagen der Antike und den ethnologischen Betrachtungen der Frühen Neuzeit, insbesondere nach der »Entdeckung Amerikas«, frei (77–167), so nimmt

der zweite die darauf fußenden politiktheoretischen Versuche der Staatsbegründung in den Blick – von Hobbes über Lafitau und Vico bis Kant (171–364). Der dritte Teil wendet die Perspektive ein weiteres Mal: Auch kritische Positionen entkommen dem Sog des Barbareidiskurses nicht; das gilt für die Modernekritik der Frankfurter Schule wie für das Zivilisierungsparadigma des Soziologen Norbert Elias und Verarbeitungen von Weltkriegen und Holocaust (365–511).

Die fundierenden Betrachtungen zur Antike und Frühen Neuzeit stützen sich auf bekannte Diagnosen: Aristoteles begründe eine Ideen-tradition des natürlichen Sklaventums; der Barbar sei selten als friedfertiges Gegenüber, sondern als bedrohlicher Anderer konzipiert, der unterworfen werden muss, da er nicht einfach Un-Ordnung, sondern eine gefährliche Gegen-Ordnung verkörpere. Das Staatsdenken der Frühen Neuzeit und der Frühmoderne stütze sich dann nicht nur auf diese antiken Theoreme, sondern gerade auf die ethnographischen Beobachtungen und Interpretationen der »neuen Welt« – und so unterschiedlich die Staatsbegründungen von Hobbes, Rousseau oder Mill und anderen auch ausfallen, so konsequent verwiesen sie auf Imaginationen des barbarisch Anderen. Dieses werde zwar gelegentlich auch vorteilhaft und zum Zweck »zivilisierter« Selbstkritik dargestellt, der herab- und (temporalisiert) zurückschauende Blick bleibe jedoch. Hobbes komme eine Schlüsselrolle zu: Er abstrahiere von der konkreten Barbarengestalt, totalisiere sie aber in der Figur des Naturzustandes: »Sein Konzept erlaubt fortan, von ›Barbarei‹ ohne ›Barbaren‹ zu sprechen, nämlich als Naturzustand, in den alle verfallen können, aus dem wahrscheinlich sogar alle hervorgegangen sind.« (173) Die für Eberl ambivalenteste Figur ist Kant, dessen »Beschreibung des Naturzustandes als ›wilder‹ Zustand auf einer abstrakteren Ebene mehr zur Abwertung der nicht europäischen Gesellschaften beigetragen [hat], als seine konkreten Äußerungen über ›Rassen‹ und Hautfarben, die etablierte Klischees ihrer Zeit wiederholt haben« (361), wie Eberl beschwichtigend in die aktuelle Debatte um Kants Rassismus einwirft. Dennoch: Gerade Kants universalistischer Antiexpansionismus sei eben nicht in die traditionelle dichotome Staatstheorie einzu-reihen und seine Theorie des Rechts prinzipiell auch, von ihr entle-digt, weiterverwendbar.

Kritik an einer »inneren Barbareik« und Warnungen vor einem »Rückfall in die Barbareik« ebenso wie antikoloniale Barbareidiagnosen – die allesamt im 20. Jahrhundert florieren – schließlich entkommen der exkludierenden Grundannahme nicht: Indem sie die Möglichkeit abwertenden Ausschlusses weiter affirmierten, verlören sie nicht nur an

analytischer Schärfe durch die »Vermischung von Regression und Moderne« (466), sondern sie hielten die Möglichkeit der Gewalt zur angeblichen Vermeidung von Barbarei offen.

Methodisch nimmt der Autor sich die nötige Freiheit, diesen monumentalen Bogen durch die Geschichte politischen Denkens zu schlagen und gleichzeitig besonders aussagekräftige Kondensationsmomente herauszugreifen. Begriffs-, Diskurs- und Ideengeschichte sind variantenreich miteinander kombiniert, ohne dass die Selektion allzu beliebig wirkt – auch wenn sie vermutlich in Teilen auch mit anderen Schwerpunkten hätte erzählt werden können. Insbesondere Eberls Einbeziehung von Komplementär- und Gegenbegrifflichkeiten aus dem semantischen Feld des Barbaren – der »wilde Mann«, der edle oder böse Wilde, der Kannibale, der Nomade sowie natürlich: der Zivilisierte – zeigt, dass der Barbarendiskurs in sich differenziert ist, ausfranst und gerade darum so integrativ und vereinnahmend wirkt: Auch die Adellung als *noble savage* steht mit einem Bein im entsprechenden Diskurs; Evokationen vorstaatlicher Natürlichkeit sind ohne *othering* nicht zu haben. Dass die ikonographischen Akzente im Buch rar bleiben, ist bedauerlich, doch schon die wenigen Beispiele – auch jenseits der berühmten Hobbes'schen Titelkupfer des *Leviathan* und des *De Cive* – machen anschaulich, wie sehr der Barbarendiskurs zwischen politiktheoretischer Analyse und assoziationsreicher, emotional anschlussfähiger Imagination changiert. Der affektive Gehalt des Diskurses ist augenfällig.

Wo liegt also für die politische Theorie der Ausweg aus dieser kolonialen Sackgasse, die so weite Teile des (auch kritischen) Staats- und Gesellschaftsdenkens bestimmt? Offensichtlich muss sich die Kritik am Staat nicht nur auf einzelne Gewaltakte beziehen, sondern auf westliches Superioritätsdenken. »Der Skandal besteht nicht im »Rückfall«, sondern vielmehr im Kontinuum europäischer Gewalt« (509) – und Eberl schlägt mit Aimé Césaire vor, das Idealmodell Staat zumindest dann zu verabschieden, wenn es sich dichotomisch über den Nicht-Staat konstituiert. Wie eine solche nicht-ausgrenzende Staatstheorie gelingt – ob sie bescheiden-partikularistisch ausfallen kann oder tatsächlich universalistisch angelegt sein soll, ob ihre normative Fundierung liberal oder republikanisch sein sollte, wie ein nicht-koloniales Recht aussähe, gehört zu den aktuell im Fach rege diskutierten Fragen.

Dass Eberls politiktheoretische Selbstreflexion sich auf jener Ebene bewegt, deren Bedeutung der jüngst verstorbene Philosoph Charles Mills betont hat (vgl. Mills 2015) – der kritischen Sichtung des bekann-

ten Kanons –, ist evident; der Verfasser räumt dekolonisierend mit weiten Teilen der Staatsideengeschichte auf. Ein weiteres Desiderat haben freilich jüngst die Politiktheoretikerinnen Karuna Mantena und Adom Getachew formuliert: Dekolonisierung der politischen Theorie heiÙe nämlich auch, die eurozentrische Kanonschau aufzubrechen, und zwar nicht nur mit Blick auf die von Eberl zu Recht geforderte Kolonialismuskritik, sondern mittels einer Pluralisierung durch völlig anders gelagerte nicht-europäische Positionen – z.B. auch zu Fragen von Staat und Demokratie (vgl. Getachew/Mantena 2021). Die Disziplin der Politischen Theorie und Ideengeschichte hat viel zu tun; Oliver Eberls beeindruckendes Buch ist ein wichtiger Beitrag zur europäischen Selbstkritik, auf die die von Mantena, Getachew und anderen geforderten Erweiterungen folgen müssen.

⇒ Literaturverzeichnis

Getachew, Adom/Mantena, Karuna (2021): Anticolonialism and the Decolonization of Political Theory, in: Critical Times (Online: <https://doi.org/10.1215/26410478-9355193>).

Mills, Charles W. (2015): Decolonizing Western Political Philosophy, in: New Political Science 37: 1 (Online: <https://www.tandfonline.com/doi/pdf/10.1080/07393148.2014.995491>).

Eva Marlene Hausteiner, *1983, Dr. phil., PD, Vertretungsprofessorin am Lehrstuhl für Politische Theorie und Ideengeschichte der Universität Greifswald (eva.hausteiner@uni-greifswald.de).

Zitationsvorschlag:

Hausteiner, Eva Marlene (2021): Rezension: Entbarbarisierungsmision – zu Oliver Eberls Vorschlag zur politiktheoretischen Dekolonisierung. (Ethik und Gesellschaft 2/2021: Friedensethik und Geopolitik). Download unter: <https://dx.doi.org/10.18156/eug-2-2021-rez-6> (Zugriff am [Datum]).



ethikundgesellschaft
ökumenische zeitschrift für sozialethik

2/2021: Friedensethik und Geopolitik

Peter Rudolf: Ein neuer ›kalter Krieg‹? Friedensethisch relevante geopolitische Trends

Wolfgang Huber: Streit um den gerechten Frieden – Aktuelle Herausforderungen der Friedensethik

Bernhard Koch: Die kirchliche Friedensdebatte – Beobachtungen aus philosophischer Sicht

Julian Zeyher-Quattlender: Wieviel Gewaltfreiheit verträgt der Gerechte Frieden? Zur gegenwärtigen Debatte um Aufbrüche jenseits der Rechtsethik innerhalb der evangelischen Friedensethik in Deutschland

Max Weber: To Hack Back or Not? Eine friedensethische Analyse von Cyberoperationen vor dem Hintergrund des Leitbilds des Gerechten Friedens

Nicole Kunkel: Autoregulative Waffensysteme. Automatisierung als friedensethische Herausforderung – ein Werkstattbericht